

sich dafür stark machen und **alle verfügbaren Druckmittel** nutzen.

Kritik an der rechtsextremistischen Regierung Israels hat **nichts mit Judenfeindlichkeit** zu tun und darf kein Anlass sein, Israel-Kritik zu kriminalisieren und Meinungs-, Wissenschafts-, Versammlungs- und Kunstfreiheit staatlicherseits Füßen zu treten.

Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das einzigartige Menschheitsverbrechen der Shoah ergibt sich die Verpflichtung, sich **für Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer sie missachtet werden.**

Die **deutsche Regierung** muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen für

- ▶ **dauerhaften Waffenstillstand, Aufhebung der Blockade von Gaza, Stopp der Siedler in Westjordanland**
- ▶ **die Freilassung der Geiseln und Gefangenen**
- ▶ **Einhaltung der UN-Resolutionen und der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs durch Israel**
- ▶ **Anerkennung des Staates Palästina**
- ▶ **Stopp der Waffenlieferungen an Israel**
- ▶ **Aussetzung des Freihandelsabkommen EU-Israel**

www.eccpalestine.org/aussetzung-des-assoziierungsabkommens-eu-israel/

Und für alle – für Politik, für Behörden, für jeden einzelnen gilt als absolute Verpflichtung:

- ▶ **Keine Diskriminierung von Palästinenserinnen und Palästinensern, von Jüdinnen und Juden**

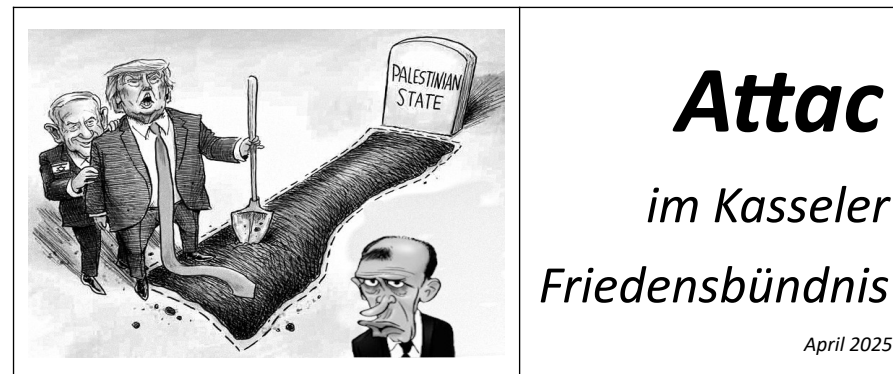
Mehr Informationen: www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina

Die Attac-Regionalgruppe Kassel trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 10, 1. Stock, Raum 10.1.3 - Interessierte sind herzlich willkommen !



attac
Regionalgruppe
Kassel

V.i.S.d.P.: Attac-Regionalgruppe Kassel / www.attac-netzwerk.de/kassel



Bei Palästina ist Deutschland das Völkerrecht egal

„Welchen Sinn hätte die Gedenkveranstaltung in Auschwitz, wenn sie nicht die Gelegenheit nutzt, einen Genozid zu verurteilen, der sich vor unser aller Augen vollzieht ... Welchen Sinn hätte es, an die Menschlichkeit zu appellieren, wenn nicht, um darauf hinzuweisen, dass die Gewalt und Zerstörungslust, mit der die israelische Armee gegen die Bevölkerung von Gaza vorging, die israelische Gesellschaft von Grund auf zerstören und brutalisieren wird? ... Die Lehre aus Auschwitz kann nur sein: „Niemals wieder für alle“, die Forderung nach Menschlichkeit, die vor keiner Gruppe, vor keiner Religion, vor keiner Ethnie halt macht.“

Die Jüdin Erica Fischer

taz, 27.1.2025

Als Antwort der israelischen Regierung auf das Massaker vom 7. Oktober sind inzwischen in Gaza über **50.000 Menschen** durch die israelischen Militäraktionen getötet worden – 70 Prozent davon Frauen und Kinder. Hinzu kommen **ungezählte und unzählbare** Opfer: verschüttet, verstümmelt, gestorben an der Verweigerung von Nahrung, Wasser Medizin, an Kälte und Krankheiten aufgrund von Vertreibung und unhygienischen Bedingungen.

(Quellen: www.ochaopt.org/updates)

Krankenhäuser und Schulen wurden großteils vernichtet, ebenso 90 Prozent der Wohnhäuser und etwa 70 Prozent der Anbauflächen für Nahrungsmittel - „**Im Namen der Sicherheit Israels**“.

Der **Internationale Gerichtshof** in Den Haag hat im Fall der Klage Südafrikas entschieden, es sei **nicht auszuschließen, dass Israel in Gaza Handlungen des Völkermords begehe**. Der Internationale **Strafgerichtshof** hat **Haftbefehl** gegen Israels Präsident Netanyahu – sowie gegen Anführer der Hamas - wegen Kriegsverbrechen erlassen.

Weiterhin hat der **Internationale Gerichtshof** die andauernde **Besetzung des Westjordanlandes als klar völkerrechtswidrig** erklärt und – (bekräftigt durch die UN-Vollversammlung am 18.9.2024) - Israel aufgefordert, die besetzten Gebiete zu verlassen. **Kein UN-Mitgliedsstaat dürfe Israel bei der Aufrechterhaltung der Besatzung helfen** und auch **keine Handels- und Investitionsbeziehungen** eingehen, die der Aufrechterhaltung der Besatzung dienen.

Davon unbeeindruckt hat die Netanjahu-Regierung dem **Palästina-Hilfswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) die Arbeit in Israel und den besetzten Gebieten verboten** – wegen angeblicher Unterwanderung durch die Hamas. Seit 1967 hatte die UNWRA anstelle der Besatzungsmacht die Aufgabe übernommen, für die Menschen in Gaza, Westjordanland und Ostjerusalem zu sorgen, einschließlich von Gesundheitsdiensten und Bildungsangeboten.

Die israelische Regierung treibt den **Siedlungsbau** im Westjordanland massiv voran. Kriminelle Siedler eignen sich palästinensischen Grund und Boden immer brutaler gewaltsam an. Minister Smotrich ließ verkünden, man wolle noch in diesem Jahr „Souveränität“ über das Westjordanland ausüben und so die „**Gefahr**“ eines palästinensischen Staates beseitigen. Siedler

stehen **Gewehr bei Fuß**, um auch in Gaza **Vertreibungsterror und Besetzung fortzuführen**.

Immer deutlicher wird das Ziel: die Schaffung eines **Groß-Israels ohne Palästinenser** „**From the river to the sea**“ oder gar **von Bagdad bis Kairo**. Zu dieser Strategie gehört Bombardierung und teilweise Besetzung **Libanons**, Bombardierung **Syriens** und Besetzung der Golan-Höhen. Dazu gehört auch die Absicht, die noch lebenden Palästinenser in Gaza zu „**freiwilliger Ausreise**“ zu bewegen, in der Tatsache durch **Aushungern, Vertreiben, Besetzen**. Derzeit hat die Armee **zwei Drittel** des abgeriegelten Küstengebiets zur Sperrzone erklärt. Hinzu kommen gezielte Angriffe auf **Rettungskräfte** und **Journalist/-innen**.

Mit der Gründung des Staates Israel 1948 begannen für die palästinensische Bevölkerung 76 Jahre der Vertreibung und Entrechtung, 56 Jahre Besetzung und 16 Jahre Blockade des Gazastreifens.

Die **bedingungslose Unterstützung Israels durch die Regierungen der USA und auch Deutschlands** ermuntert die israelische Regierung geradezu, Unterdrückung, Enteignung und Vernichtung der Palästinenser **fortzusetzen**.

Politisch, militärisch und rechtlich unterstützt Deutschland einen mutmaßlichen Völkermord und zeigt keine Bereitschaft, ein Waffenembargo sowie ein Ende der Besatzung zu verlangen und umzusetzen.

Mit ihrem brutalen Krieg gegen das palästinensische Volk und ihrer völligen Missachtung des Völkerrechts isoliert sich Israel innerhalb der Staatengemeinschaft immer mehr und gefährdet damit auch Jüdinnen und Juden weltweit. **Ohne Anerkennung der Rechte der Palästinenser wird es für Israel keine dauerhafte Sicherheit geben.**

Internationaler Schutz der palästinensischen Bevölkerung ist dringend geboten. Europa und die ganze Weltgemeinschaft muss